

Erscheint alle 14 Tage.
Viertelj. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NO 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beitzelle
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 18/44

Berlin, den 31. Oktober 1930

41. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkman, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumann, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 39321 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Fernsprechamt
Alexander 4719

Nachtlänge zu den Bezirkskonferenzen.

Als der Hauptvorstand den Beschluß faßte, in den einzelnen Landesteilen Bezirkskonferenzen abzuhalten, wurde dies von den Kollegen allseitig begrüßt. Gab doch die schwerbelastende Wirtschaftskrise besondere Veranlassung, die Stimmung unserer Mitglieder zu erforschen, gewissermaßen Heerchau über die Gesamtheit zu halten. Sehr gilt es die gemachten Erfahrungen und Beobachtungen zu sammeln, zu sichten und zu verwerten, manche wertvolle Anregung ist gegeben und entgegen genommen worden, diese gilt es nun zu verwerten.

So verschiedenartig auch die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen gelagert sind, in einem Punkt sind sie gleich, das graue Gespenst der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wirft überall seine Schatten auf den Weg. Eine tiefe Erregung und weitgehendste Unzufriedenheit mit den gegebenen Verhältnissen macht sich überall stark bemerkbar, heftigen Unwillen hat vor allen Dingen die Notverordnung in der Krankenversicherung hervorgerufen. Auf der andern Seite kam allseits der feste unbreugsame Wille zum Ausdruck, das beste Volkswort gegenüber allen reaktionären Plänen, die Organisation, ungeachtet aller Hindernisse durch die gefährlichen Klippen der Wirtschaftskrise unbeschädigt durchzuführen. Offener Meinungsaustrausch, sachliche Kritik beherrschte die abgehaltenen Versammlungen und Konferenzen, rückhaltlos wurden die Wunden aufgedeckt und auf Wege der Heilung hingewiesen, ein echter Gewerkschaftsgeist beherrschte die Tagungen.

Läßt man die einzelnen Bilder, vorerst vom Osten im Geiste vorüber ziehen, dann ist es in erster Linie der Weichselkorridor, der stets bei der Durchfahrt einen tiefen Eindruck hinterläßt. Deutsches Land wird hier durch eine von Haß geblendete gerabete widerständige Grenzziehung in zwei Teile gespalten, unsinnige Paß- und Zollschranken hindern den geregelten Verkehr. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf Industrie, Handel und Verkehr sind furchtbar, unsere Kollegen, die ganzen Arbeitnehmer sind es in erster Linie, die darunter zu leiden haben. Da ist es in erster Linie der Freistaat Danzig, diese alte kerndeutsche Stadt, die besonders unter dieser Misere leidet. Von allen Seiten eingeeengt, im Handel und Verkehr behindert, führt diese Stadt einen verzweifelten Kampf um ihre Existenz. Trotz aller Hindernisse kam hier bei unsern Kollegen ein freudiges offenes Bekenntnis zum Deutschtum zum Ausdruck, in diesem Ort, in dem der Gewerkschaftsgeist in den Gründerjahren der deutschen Gewerkschaften Einzug hielt, halten auch heute noch die Kollegen in hohem Maße, in treuer Unhänglichkeit treu zur Gewerkschaftsflagge, freudig wurde es allseitig begrüßt, mit einem Kollegen der Hauptleitung einen offenen Meinungsaustrausch zu haben. Denkt stets an uns, verlaßt uns nicht, für uns gibt es keine Grenzschranken, das war der Ausgang der Aussprache.

Mit einer der Orte von größerer Bedeutung ist die Stadt Elbing, diese Arbeiterstadt, in der auch die Bezirkskonferenz abgehalten wurde. Jeder Fremde, der die Stadt betritt, wird sofort gewahr, daß die Arbeitslosigkeit hier besonders stark vertreten ist. Das hat seinen Grund in der besonders stark vertretenen Industrie. Die Schiffbauwerkst., Kommit., Voese und Wolf haben hier gewaltige Werke. Diese Betriebe haben in der Zeit der Hochkonjunktur Tausende von Menschen herangezogen, die infolge der Wirtschaftskrise nun zur Entlassung gezwungen sind und leider keine Möglichkeit haben, in anderen Betrieben Arbeit zu erhalten. Ein hoher Prozentsatz dieser Leute ist bereits in der Krisenfürsorge organisiert und sind Wohlfahrtsempfänger. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß z. B. bei der Firma Schönan schon in der Vorkriegszeit die niedrigsten Löhne gezahlt wurden, auch heute bewegt sich der Einstellungslohn zwischen 56 bis 60

Pfg. pro Stunde. Trotzdem ist die Existenz des Betriebes bedroht, der Staat hat die Sanierung übernommen. Hier ist ein klarer Beweis geliefert, daß der Lohn für die Erhaltung eines Betriebes nicht die ausschlaggebende Rolle spielt. In Elbing haben wir einen Stamm von gut geschulten Gewerkschaftskollegen zu verzeichnen. Gestählt mit den Erfahrungen der jahrzehnte langen Arbeit und Kämpfe in diesem Industrieort, part sich hier Jung und Alt zur gemeinsamen Arbeit im Dienste der Organisation. Die Aussprache auf der Konferenz und in der Versammlung war getragen von Sachlichkeit und Verantwortung, es herrschte ein etwas rauher aber biederer Ton, der sich aus der Mundart ergibt, hier hat man das beruhigende Gefühl, unsere Sache ruht in guten Händen. Unsere Kollegen legten das Gelöbnis ab, trotz der großen Arbeitslosigkeit die Mitgliederzahl weiter zu steigern.

Auch in den anderen Orten, die anlässlich der Konferenz besucht wurden, herrschte mit wenigen Ausnahmen ein eger Geist. Erfreulich ist die Tatsache, daß immer mehr jüngere Kollegen zur Mitarbeit in der Führung herangezogen werden. In Osterode wurde lebhafteste Klage über eine übermäßig starke Behringshaltung geäußert, alle Beschwerden seitens der Organisation haben noch nicht vermocht, dem Uebel zu steuern und soll dieser Frage erneute Aufmerksamkeit geschenkt werden. In Büttow macht sich ein erfreulicher Aufschwung bemerkbar, die Kollegen haben den Wert der Organisation mehr wie bisher erkannt, hier muß noch eine weitere rege Werbetätigkeit einsetzen. Besonders arg liegen die Verhältnisse in Stolp, hier machen sich die Auswirkungen der Abtrennung der Grenzlande stark bemerkbar, Betriebe die 150—200 Mann beschäftigt haben, sind fast ganz stillgelegt, dementsprechend gestalten sich auch die Lohnverhältnisse, Differenzen sind dauernd auf der Tagesordnung.

Auch im Westen ist die Arbeitslosigkeit sehr stark, besonders im Kreise Wittgenstein führen unsere Kollegen einen harten Kampf. Die Vorkriegszeit ließ in dieser Gegend eine Organisation nicht aufkommen, die Willkür des Unternehmertums beherrschte hier das Feld. Während und nach dem Kriege gelang es uns, mehr Eingang zu finden, doch finden größere Teile immer noch nicht den Weg zur Organisation. Das Organisationsfeld ist wie der örtliche Boden etwas steinig, die jahrzehnte lange Übung und Erfahrung in der Organisation ist hier noch nicht genügend durchgedrungen, auch ist hier der Materialismus etwas zu stark ausgeprägt. Einzelne Kollegen opfern ihre ganze freie Zeit für die Organisation, während andere wieder interessenlos beiseite stehen. Hier wird es noch einer emtigen aufreibenden Arbeit bedürfen, um diesem Boden die notwendige Frucht abzugewinnen. Aufgeräumt muß in erster Linie mit dem Vorurteil werden, als ob die dortigen Kollegen stiefmütterlich behandelt, sozusagen als Mitglieder zweiter Klasse betrachtet werden. Wer aufmerksam die Vorgänge verfolgt hat, wer Abschlüsse und Tätigkeitsberichte geprüft hat, wird zugeben müssen, daß Haupt- und Bezirksleitung alles getan haben, um diesen schwerringenden Kollegen zu helfen, ja, in einzelnen Landesteilen taucht sogar die Meinung auf, daß hier das Gute zu viel getan wird. Sei dem wie es sei, Voraussetzung für eine freie Aufbaubarbeit ist, daß gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist, aller Kleinfram beiseite geworfen wird, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Konferenz für Rheinland und Westfalen und die in Verbindung damit abgehaltenen Versammlungen fielen in eine Zeit der politischen Hochspannung, eine Wahlversammlung löste die andere ab. Trotzdem zeigten die Kollegen in allen Orten ein reges Interesse an der Gewerkschaftsangelegenheit, überall war ein fester Wille zur Aufbaubarbeit unverkennbar. Eine Tatsache verdient jedoch strenge Beachtung, man schenkt offenbar der Frauenfrage viel zu wenig Beachtung. Mit Ausnahme von Duisburg vermischte man allseits die Frauen bei den Versammlungen, hier muß noch alles nachgeholt werden. Die Frau ist heute politisch und wirtschaftlich ein Machtfaktor, der nicht übersehen werden darf. Hier Aufklärung zu schaffen, muß Aufgabe sämtlicher Kollegen sein.

Die Konferenz nahm einen durchaus befriedigenden Verlauf, sie war besetzt von dem Geiste ernster Aufbaubarbeit, wertvolle Anregungen wurden gegeben, sachliche Kritik geübt, aber aus allen Ausführungen klang der feste Wille, diese schwere Zeit muß überwunden werden, wir lassen uns nicht unterkriegen. Es wurde hier keine Schönfärberei getrieben, rückhaltlos wurde gesagt, was zu sagen war, aber zwischendurch klang immer wieder das Gelöbnis zu treuer Mitarbeit, wird eine Konferenz von solchen Gedankengängen besetzt, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Auf eine Tatsache muß zum Schluß noch hingewiesen werden, als der Hauptvorstand den Beschluß faßte, diese Bezirkskonferenzen abzuhalten, hat bei einzelnen Kollegen die irtümliche Auffassung Platz gegriffen, daß die Konferenzen als Ersatz für die Generalversammlung anzusehen sei und demnach, auch Anträge über Satzungsänderungen behandelt werden können; einzelne Ortsvereine haben sogar solche Anträge gestellt und waren nun enttäuscht, daß solche Anträge nicht behandelt werden konnten. Ganz besonders ungehalten darüber sind die Schwelmer Kollegen, die ihren Unwillen darüber in wenig schmeichelhafter Weise in einem Schreiben zum Ausdruck bringen, auch ein für die „Eiche“ bestimmter Artikel sollte gewissermaßen Stimmung dafür machen, daß Satzungsänderungen auch auf den Bezirkskonferenzen beschlossen werden können. Ein Blick in unsere Satzung dürfte genügen, um das Unhaltbare solcher Auffassung einzusehen. Eine Satzung enthält nun einmal ein Gesetz, nachdem sich Hauptleitung und sämtliche Mitglieder zu richten haben. Menschlich betrachtet, ist die Haltung der Schwelmer Kollegen verständlich. Die meisten Kollegen sind in der schwer darniederliegenden Klavierindustrie beschäftigt, dauernd haben dieselben mit Kurzarbeit zu rechnen. Bei solchem Zustand ergeben sich so allerlei Gedanken, so unter anderem auch, wie unsere Unterstützungsordnung verbessert werden könnte und dgl. mehr. Das ist durchaus menschlich begreiflich, die Kollegen übersehen das eine, daß die Kollegen der gesamten Holzindustrie, wenn auch vielleicht nicht in so starkem Ausmaße, unter dieser Wirtschaftsmisere leiden. Es wird jerner übersehen, daß die Hauptkasse durch die außergewöhnlich große und langandauernde Arbeitslosigkeit besonders stark in Anspruch genommen wird. Es darf doch auch nicht übersehen werden, daß bei dieser umfangreichen Arbeitslosigkeit die Beiträge doch nur ganz spärlich einlaufen. Nun kommt noch ein weiterer Umstand hinzu, die Organisation hat doch nicht nur Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, sondern sie muß selber zur Abwehr der Willkür des Unternehmertums in Bereitschaft halten. Wir haben doch jetzt die besten Beispiele vor Augen. In Hamburg stehen unsere Kollegen schon seit dem 14. August im harten Kampfe, die Berliner Metallindustrie holt zum großen Schläge aus, 8 Prozent Lohnkürzung sollen sich die Kollegen gefallen lassen, Lohnabbau wird auf der ganzen Linie geordert. Diese Kämpfe verschlingen Unsummen und fordern die ganze Energie und das Verantwortungsgefühl der Organisationsführer heraus. Könnten diese Leute die Verantwortung für gewagte Experimente in einer Zeit übernehmen, in der alles auf sie einstürzt. Dies werden und müssen auch die Schwelmer Kollegen und alle diejenigen einsehen, die heute mit dem Schicksal hadern, weil die Verhältnisse allzu große Opfer von ihnen fordern.

Ja Kollegen, die Zeiten sind bitter ernst, vielleicht ernster, wie wir sie je durchgemacht haben. Diese Krise kann nur im gegenseitigen Verstehen, in enger Gemeinschaftsarbeit überwunden werden. Wir sind miteinander in Freud und Verderben verbunden. Der echte Gewerkschaftsgeist, der die Arbeiten der Konferenzen besetzt, muß auch in der engen Zusammenarbeit uns immer wieder neue Kraft verleihen. Wenn dieser Sinn in den Reihen der Mitglieder die größte Verbreitung findet, dann werden die Konferenzen auch die Erfolge zeitigen, die der Hauptvorstand von ihnen erhoffte, im Interesse der Gesamtheit.

P. B.

Ein gemaltiger Abwehrkampf.

In der letzten Nummer „Die Eiche“ berichteten wir bereits, daß auf Antrag der Berliner Metallindustriellen ein Schiedsgericht gebildet worden ist, der einen Lohnabbau von 8 Prozent vorsieht, auch auf die sonderbare Begründung dieses unhaltbaren Schiedsgerichtes haben wir bereits hingewiesen. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Schiedsgericht abgelehnt und haben am 15. Oktober die Arbeit niedergelegt, darunter auch eine Anzahl Kollegen unseres Gewerkschafts, rund

130 000 Arbeitnehmern

befinden sich im scharfen Abwehrkampf. In der Berliner Metallindustrie ist an und für sich ein großer Nährboden für überzählige Einwirkungen vorhanden und man kann es verstehen, wenn an manchen Brennpunkten des Kampfes um die Lohnhöhe die Gefühle bis zum Siedepunkt erhitzt wurden. Was man zurzeit der deutschen Arbeiterklasse in bezug auf Lohnabbauemäßigungen bietet, ist wirklich geeignet, das Maß der Geduld zum Überlaufen zu bringen. 15 Prozent Abbau ist so allgemein der Durchschnitt aller Wünsche.

Dieser Kampf, der über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus für die gesamte deutsche Arbeiterschaft von größter Bedeutung ist, hat folgende Vorgeschichte: Am 30. August kündigte der Verband Berliner Metallindustrieller ohne Angabe von Gründen den Lohnvertrag zum 30. September. In den Verhandlungen, die am 19. September stattfanden, erklärten die Arbeitgeber, daß sie eine Kürzung der Tariflöhne um 15 Prozent herbeiführen wollten. Diese Forderung bezeichneten sie noch als minimal, da sie eigentlich von Rechtswegen einen Abbau von 20 Prozent fordern müßten und nur durch Abstand nehmen, weil das nicht auf einmal gehe. Demgegenüber forderten die Metallarbeiter eine Erhöhung der Tariflöhne. Im Laufe der Verhandlungen wurde von den Gewerkschaften der Vorschlag gemacht, zur Lösung des Arbeitsproblems, das angeblich die Unternehmer mit ihrem Lohnabbauverlangen beschuldigten, die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden zu verkürzen. Die Unternehmer lehnten diesen Vorschlag ab, da die damit bezweckte Einstellung von Arbeitslosen mit erhöhten Aufwendungen verbunden sei und nicht zu der beabsichtigten Senkung der Löhne führe. Das Bestreben der Unternehmer, das Lohnkonto zu senken, könne nur durch eine Senkung der Löhne und Gehälter herbeigeführt werden. Diese Lohnsenkung dürfe und würde sich nicht allein auf Berlin beschränken, sondern im ganzen Reich müßten die Löhne und Gehälter abgebaut werden. Als die Parteiverhandlungen gescheitert waren, griff der Reichsarbeitsminister in den Lohnstreit ein und setzte einen Sonderentscheid in der Person des Vortragenden Rates im Bremer Senat, Dr. Böcker, zur Schlichtung des Lohnstreites ein. Dieser fällt dann nach langwierigen Verhandlungen den bereits bekanntgegebenen Schiedsgericht. Die Unternehmer nahmen den Spruch an, die Arbeitnehmer lehnten denselben ab. Die Unternehmer beantragten daraufhin beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung. Bei der bisherigen Haltung des Reichsarbeitsministers war zu befürchten, daß derselbe den Schiedsgericht für verbindlich erklärte. Es bemächtigte sich der gesamten Arbeiterschaft bis tief in die Reihen der Angestellten eine ungeheure Erregung, die Vorkämpfer brachte täglich spaltenlange Artikel gegen die Verbindlichkeit. Im Reichstag wurde ein Antrag angenommen, der die Regierung aufforderte, zu verhindern, daß dieser Schiedsgericht für verbindlich erklärt wird. Alle diese Maßnahmen sind offenbar nicht ohne Eindruck geblieben, denn das Reichsarbeitsministerium hat die Parteien zum 23. Oktober erneut an den Verhandlungstisch geladen. Wiederum gestalteten sich die Verhandlungen äußerst schwierig, es wurde schließlich eine Kommission, bestehend aus je 5 Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingesetzt, die versuchen soll eine Verhandlungsbasis zu finden. Wie weit es diesem Gremium gelingt, eine brauchbare Grundlage zu finden, muß abgewartet werden. Der Ausgang dieses Kampfes ist auch für die anderen Landesteile von ausschlaggebender Bedeutung.

Ein Beitrag zur Kartellwirtschaft.

Die „Handels-Zeitung“ des „Berliner Tageblatts“ vom 24. Oktober bringt einen beachtenswerten Aufsatz ihres weitläufigen Wirtschaftskorrespondenten, der sich mit dem Zerfall der Zementkartelle beschäftigt. In längeren Ausführungen wird über die schweren Kämpfe berichtet, die innerhalb der Kartelle gegen die sogenannten Außenleiter geführt werden. Wir haben wiederholt auf die großen Schäden hingewiesen, die der Bauwirtschaft besonders durch die Zementkartelle zugefügt werden. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Abgabengebiete der Außenleiter immer größeren Umfang angenommen haben, so daß mit einer Auflösung oder Umstellung der Kartelle zu rechnen ist. Ueber die Frage der Außenleiter besagt der Bericht:

„Noch bis zum Sommer dieses Jahres hat man sich in Kreisen der inländischen Werke die größte Mühe gegeben, das Außenleiterproblem zu bagatelisieren — zum mindesten nach außen hin. Aber es hat wenig genügt, daß man die Kartellpolitik des Außenleiterproblems in Frage zu stellen vermochte, daß man so laut wie möglich die Effektiv-

keit auf „die sich häufenden finanziellen Zusammenbrüche von Zementaußenleitern“ aufmerksam machte. Freilich haben sich zeitweilig zweifelhaft geäußerte Gründe aufgemacht, sicherlich unter ihnen auch manche mit der bloßen Spekulation auf das Ausverkaufwerden; freilich sind einige kleinere Werke schnell wieder aus der Produktion verschwunden. Das alles hat aber wenig mit der tatsächlichen Entwicklung der fertigen Außenleiterswerke zu tun, der Entwicklung, wie sie durch folgende Zahlen veranschaulicht wird: annähernd 150 000 Wagen betrug im Jahre 1925 der Versand der Syndikatswerke, etwa 3000—4000 derjenige der Außenleiter. Die letzteren haben innerhalb fünf Jahren ihren Versand verzehnfachen können und kommen auf vielleicht 40 000 Wagen im Jahre 1930, das Kartell aber hat in dieser Zeit etwa 50 000 Wagen verloren, somit steht der westdeutsche Zementverband mit 95 000 Wagen in diesem Jahre einer Außenleiterkonkurrenz gegenüber, die es nun schon auf annähernd 40 Prozent des Syndikatsfuges gebracht hat.

Die starre Preispolitik des Verbandes hat sich schwer gerächt; ihr ausschließliches ist es zuzuschreiben, daß Kapital in augenscheinlich nicht geringen Mengen sich dem Industriezweig zuwandte, der offenbar trotz unzulänglicher Kapazitätsausnutzung nicht schlecht verdiente.“

Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß man die Konkurrenz der Außenleiter damit beseitigen will, indem dieselben in die Syndikate mit einbezogen werden sollen. Diesbezügliche Anbahnungen sind bereits getroffen worden, nur so glauben die Herren der Syndikate dem Baumarkt die erhöhten Zementpreise wieder aufzwingen zu können. Dies ist ein Kapital zur angeblichen Preisentung.

Ein besonders krassen Fall beleuchtet eine Eingabe an den Reichswirtschaftsrat, in der ein Flaschenrohverbraucher Beschwerde gegen das Flaschenkartell führt:

„Der Beschwerdeführer hatte vor der Gründung des Syndikats, also vor einigen Monaten, bei einer später dem Syndikat angehörenden Firma große Flaschenlieferungen zu einem festgelegten Preise abgeschlossen. Zwischen Abschluß und Fakturierung erfolgte die Gründung des Kartells. Die Rechnungen lauteten aber nicht mehr auf den festgelegten Preis, sondern waren in einem Falle um genau 40 und in einem andern Falle um ziemlich 50 Prozent höher. Der Großverbraucher hat einen großen seiner Bestellungen nicht abgenommen und hat sich zum Kauf der Flaschen nach Polen gewandt. Dieselben Flaschen, die das deutsche Kartell im Preise von 19 auf 26,50 Mk., also um 40 Prozent, heraufgesetzt hatte, wurden einschließlich Fracht und Zoll von Polen für 16,75 RM. angeboten und die Flaschen, deren Preis vom Kartell von 15,75 auf 23,25 Mk., also um 50 Prozent erhöht worden war, wurden einschließlich Fracht und Zoll für 10,60 Mk. angeboten. Die polnischen Angebotspreise lagen also noch ganz erheblich unter den Fabrikpreisen vor der Kartellgründung.

In der Eingabe, die der Verbraucher an den Reichswirtschaftsrat gerichtet hat, heißt es zum Schluß: „Ich wäre also durch das Syndikat gezwungen, meinen Bedarf in Flaschen, der außerordentlich groß ist, nicht mehr in Deutschland zu decken, sondern im Ausland, was unbedingt wiederum zur Benachteiligung der deutschen Arbeiterschaft führt; wiederum treibt mich der Preiswucher des Syndikats zu einem Verhalten, welches der deutschen Volkswirtschaft ungünstig ist.“

Diese letzten Ausführungen, die wir dem „Tischler-gewerk“ entnehmen, sprechen für sich. Hier würde die Regierung ein dankbares Arbeitsfeld vorfinden. Wir müssen immer wieder hervorheben, nicht Lohn- und Gehaltsabbau, sondern Beschränkung der die Preisentung verhindernden Syndikats- und Kartellpreise kann die deutsche Wirtschaft heben.

Bezeichnend für die Kartellpolitik ist ein Vorgang, den der „Vorwärts“ im August veröffentlichte. Dort heißt es:

Ein Zweckskandal.

Wie der öffentliche Auftraggeber in Deutschland durch Ringbildung der Unternehmer, eine der unauffälligsten, aber gefährlichsten Kartellformen, über's Ohr gehauen wird, dafür bringen wir heute einen neuen Beweis, der ausgezeichnet in die gegenwärtigen Kartelldiskussionen paßt.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hatte am 3. August das Bedürfnis, unter dem Titel „Ein Musterbeispiel staatlicher Subventionspolitik“ die Schichauwerke in Elbing wieder einmal mit der Behauptung zu denunzieren, daß dieses in erster Linie aus politischen Gründen vom Staat subventionierte Unternehmen auf Kosten der Steuerzahler und lediglich vermöge der staatlichen Subvention durch Preisunterbietung unlautere Konkurrenz treibe. Nach der „Bergwerkszeitung“ sind auf Ausschreibungen eines großen Hamburger behördlichen Auftraggebers von acht Firmen, darunter einige mit Weltlauf, Angebote gemacht worden. Sieben dieser Firmen machten Angebote zwischen 355 000 und 360 000 Mk. Die achte Firma war Schichau in Elbing; deren Angebot lautete auf 260 000 Mk., also auf rund 90 000 Mk. weniger. Daraus wird von der „Deutschen Bergwerkszeitung“ der Schluß gezogen, daß das Schichauangebot weit unter Selbstkosten erfolgt sein muß. Schichau müßte von vornherein mit einem Verlust von 70 000 bis 80 000 gerechnet haben. Diese ganz offensichtliche Schleuderkonkurrenz sei nur mit Staatshilfe möglich; die Folge der Unterbietungen müssen Stilllegungen und im

Effekt die Bevorzugung des Auslandes vor dem Inland bedeuten. Die Bestimmung dieser Art Subventionspolitik sei unter allen Umständen notwendig.

In der Tat ein Fall, der zunächst bedenklich ausfallen mag. Wir haben über den Fall aber Erkundigungen einbezogen und dabei lam folgendes heraus:

Als die Schichauverwaltung von der großen Differenz zwischen ihrem Angebot und denjenigen der anderen Firmen hörte, war sie zunächst sehr betroffen und rechnete selbst mit einem Kalkulationsfehler. Die Nachprüfung zeigte aber, daß alles in Ordnung war. Als man dennoch das Angebot bei Hamburg zurückziehen wollte, erklärte der Hamburger Auftraggeber, daß die Kalkulation wahrscheinlich durchaus in Ordnung sei, denn sie stamme mit der von einem Sachverständigen eingeholten Vorkalkulation überein, nach der zu erwarten war, daß der Auftrag etwa für 260 000 Mk. durchgeführt werden könne. Darauf hat Schichau den Auftrag auch übernommen. Von der Hamburger Seite wurde es für wahrscheinlich gehalten, daß die sieben anderen Firmen einen kartellmäßigen Angebotsring gebildet hatten, um, wie üblich, auch in diesem Falle den behördlichen Auftraggeber mit den Preisen hochzunehmen. Auch der Aufsichtsrat von Schichau-Elbing, in dem Reich und Staat vertreten sind, hat den Fall nachgeprüft und ihn absolut in Ordnung gefunden. In dem Schichauangebot waren restlos sämtliche Selbstkosten enthalten, wozu noch ein beträchtlicher Regiekostenzuschlag in ausreichender Höhe kam. Der Schichau-Vorstand ist übrigens durch den Aufsichtsrat generell verpflichtet, jede Preiserschleuderei zu unterlassen, nur nach normalen Kalkulationen zu arbeiten und steht außerdem unter ständiger Kontrolle des Aufsichtsrats.

Danach liegt der Fall Schichau vollkommen klar: die Schichauwerke waren nicht in dem Ring der anbietenden Unternehmer. Als Außenleiter machten sie ein normales Angebot. Die Abtät der Ringbildung mit hochgehaltenen Preisen den behördlichen Auftraggeber zu schröpfen, war durchkreuzt. Um den lästigen Konkurrenten und Außenleiter totzuschlagen, wurde er in der „Bergwerkszeitung“ in wahrheitswidriger Weise denunziert und ein Zweckskandal „Schichau“ inszeniert. Die Tatsache, daß Schichau aus Gründen der deutschen Ostpolitik zurzeit subventioniert wird, war die Fußangel, mit der dieser Konkurrent und gefährliche Außenleiter erledigt werden sollte.

Wir glauben, die deutsche Kartellpolitik hat aus diesem Fall eine Lehre zu ziehen. Der Fall Schichau beweist, daß man offene und geheime Kartelle dadurch unwirksam machen kann, daß der Staat überall da, wo er eigene oder vom Staat kontrollierte Unternehmungen als Außenleiter auftreten lassen kann, das auch tut. Der Ringbildung aber müßte auch durch Spezialmaßnahmen begegnet werden.

„Deutsche Gewerkschaftsjugend.“

Das Mitteilungsblatt des Jugendbundes der deutschen Gewerkschaften (H.-D.) bringt in seiner Nummer vom 1. Oktober 1930 einen Aufruf, der auch von unseren Ortsvereinsvorständen der größten Beachtung bedarf. Gerade die heutige Zeit erfordert mit zwingender Notwendigkeit, daß wir uns der Jugendfrage mehr wie bisher widmen. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

An unsere Gewerkschaftsjugend!

Jugendfreunde! In dem organisatorischen Aufbau der Jugendbewegung der Gewerkschaften haben wir einen weiteren entscheidenden Schritt getan. Wir haben unserem Jugendbund der Deutschen Gewerkschaften H.-D. eine neue Leitung gegeben. Das geschah nicht der Form halber, sondern weil wir im Innersten durchdrungen sind von der Notwendigkeit, die junge Generation an die Gewerkschaftsarbeit heranzuführen. Gefahren für die Arbeiterschaft in vielfacher Form bedrohen auch unsere jungen Freunde. Das Maß der Arbeit, das heute verlangt wird vom Einzelnen, wächst von Tag zu Tag. Der Widerstand gegen eine soziale Regelung des Arbeitsverhältnisses und gegen die Sozialversicherung ist ungeheuer groß. Zehntausende junger Menschen bevölkern die Arbeitsnachweise. So wird auch schon der junge Freund und die junge Freundin stärker in den harten Lebenskampf hineingezwungen.

In diesem Kampfe muß jeder seinen Mann stehen. Die Zeiten sind längst gesehen, wo die Jugendzeit eine einzige Kette sonnenreiner Tage war. Heute muß auch der Jugendliche schon um seinen Platz an der Sonne kämpfen. Wie schwer wäre dieser Kampf, wenn er ohne Hilfsmittel ausgefochten werden müßte. Auf der Gegenseite sind die festgefühten Organisationen der Arbeitgeber in der Angriffsstellung. Auf unserer Seite aber stehen die Gewerkschaften, um für ein menschenwürdiges Dasein auch für die arbeitende Jugend zu streiten.

Daran wollen wir erinnern zu Beginn unserer gemeinsamen Arbeit. Was wir vertreten, sind die Grundgedanken unserer Vorkämpfer. Was wir erstreben, ist Menschenglück und Menschenwürde. Was wir gewinnen, das wird die Frucht unserer Arbeit sein. Diese Arbeit kann nicht von wenigen Personen geleistet werden. Nicht allein die Vorstände haben hier Pflichten. Jeder Jugendfreund und jede Jugendfreundin muß daran erinnert werden, daß sie alle mit tragen an der Verantwortung für die Zukunft. Jeder unserer Freunde muß deshalb auch daran arbeiten, unserem Jugendbunde der Deutschen Gewerkschaften neue Streiter zuzuführen. Der Sommer

hat seinen Auszug gehalten. An die Stelle des frohen Wanderns setzen wir nun die stillere Arbeit der innerlichen Festigung und des Ausbaues des Jugendbundes. Die Wintermonate müssen unsere Schar der Anhänger verdoppeln. Das wird Arbeit kosten. Aber diese Arbeit ist notwendig und wird uns fruchten. Deshalb rufen wir alle unsere Jugendfreunde auf: Benutzt die kommenden Wochen und Monate, um unseren Bund innerlich und äußerlich zu festigen. Wir vertrauen auf Eure Mitarbeit.

Froh Heil zu gemeinsamer Arbeit.

Die Bundesleitung.

Betriebsräte im Bankgewerbe - Starkes Uebergewicht des D.B.V.!

Die diesjährige Erhebung des Deutschen Bankbeamten-Bereins über die organisatorische Zugehörigkeit der kaufmännischen Angestellten in den Betriebsvertretungen des Bankgewerbes hat wiederum einen überzeugenden Beweis für das große Vertrauen geliefert, welches unsere Kartellorganisation in der Bankangestelltenchaft genießt. Die Statistik erfaßte in 266 Plätzen 967 Betriebe mit insgesamt 2871 Angestelltenratsmitgliedern und Betriebsobmännern. Davon gehören zum Deutschen Bankbeamten-Berein 2032, also über 70 Prozent, während der freigewerkschaftliche Allgemeine Verband der Bankangestellten, der im Laufe der Jahre immer mehr an Bedeutung verloren hat, nur noch 7 Prozent (209 Mitglieder) stellt. Auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband befindet sich mit 212 Mitgliedern in einer hoffnungslosen Minderheit. Ungefähr 15 Prozent der Betriebsvertretungsangehörigen sind in verschiedenen Verbänden zersplittert oder überhaupt nicht organisiert.

Die Zweifeltigkeit der Löhne und Sozialleistungen.

Von Thomas Ritter.

Ebenso wie Lohn und Gehalt werden auch die Sozialleistungen zumeist nur einseitig gesehen, sie erscheinen so als Unkosten und Lasten. Aber sowohl das Arbeitsentgelt wie die Sozialversicherungsbeiträge haben volkswirtschaftlich eine zweifelhafte Funktion, sie sind nicht nur Ausgabe, sondern auch Einnahme.

Heute ist wohl ein unbestrittenes Axiom, daß kein industriell entwickeltes Land mehr als etwa 20 v. H. seiner eigenen Produktion zu exportieren vermag. Die tatsächlichen Gesamtzahlen sind, soweit sie an der Hand von Produktionsstatistiken überhaupt gemessen werden können, wesentlich niedriger. Also wird immer der Inlandsabfah für die industrielle und sonstige Produktion entscheidend bleiben; Export ist häufig zuerst notwendiges Korrektiv der Inlandsproduktion und danach Zweck an sich.

Die Inlandsproduktion ist von der inneren Kaufkraft abhängig. Wir haben nach den jüngsten Feststellungen des Statistischen Reichsamtes bei den Einkommenbezieheren rund 90 v. H. mit einem Jahreseinkommen unter 1800 Mark Vorkriegskaufkraft. Das sind nicht nur die proletarischen Massen der Großstädte, sondern auch Millionen des Mittelstandes in den kleinen Städten und Millionen von Menschen in den agrarischen Gebieten. Sie alle sind, volkswirtschaftlich, also gesamtwirtschaftlich gesehen, nicht nur „Nehmer“, sondern auch „Geber“.

Bei den Ausgaben der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind wir heute über deren Verteilung durch die umfangreichen Erhebungen des Statistischen Reichsamtes über die Lebenshaltung unterrichtet. Wir wissen, daß über 75 v. H. des üblichen Arbeitseinkommens für lebensnotwendige Ausgaben verwendet werden (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Verkehrsmittel usw.), erst der Rest des Einkommens ist konjunkturbildend. Nominelle und reale Veränderungen der Kaufkraft wirken sich zuerst und häufig nahezu ausschließlich in der „Konjunkturspitze des Lohnes aus, also bei Bekleidung, Wohnungseinrichtung, Kulturbedürfnissen usw. Man darf nicht vergessen, daß zum Beispiel der allgemein üblich gewordene Urlaub früher ganz arme Landstriche Deutschlands wenn sie landwirtschaftlich, klimatisch oder preismäßig einigermaßen einen Anreiz bieten, jetzt wohlhabender, volkswirtschaftlich gesunder und damit ihrerseits auch kaufkräftiger gemacht hat. Man erinnere sich, was allein der möglich und üblich gewordene Winterurlaub und Wintersport für die saisonbedingten Gegenden für eine Bedeutung gewonnen hat. Lohn und Gehalt haben eben eine zweifelhafte Funktion, und fließende Bänder in der Produktion sind ohne den Konsum der Massen undenkbar.

Die zweifelhafte Funktion der Sozialleistungen ist noch interessanter, leider bisher, abgesehen von einigen Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung, aber noch weniger durchleuchtet als Lohn und Gehalt.

Theoretisch gesehen ist jeder Sozialbeitrag zuerst nichts anderes als Zurückhaltung, Aufspeicherung erworbenener und unter anderen Umständen zur sofortigen Ausgabe kommende Kaufkraft. Die Aufspeicherung an sich ist keine tote Lagerung, denn die Vermögen der Träger der Sozialversicherung werden wertvoll gemacht. Sie fließen z. B. dem Wohnungsbau, der eigentlichen Schöpfungs-

strie moderner Wirtschaft, direkt oder indirekt in Milliarden M. zu. Die Aufspeicherung erfolgt — auch hier theoretisch — aus den konjunkturbildenden Teilen der Lohn- und Gehaltsaufkraft. Das gilt auch für die Steuern, die sich später in Zuschüsse umwandeln.

Die Ausgabe der aufgespeicherten Milliarden erfolgt nach zwei Hauptrichtungen. Man betrachte zuerst die nachfolgenden Einnahmeziffern:

Aufwand für die deutsche Sozialversicherung.

Versicherungszweig	1913	1924	1925	1926	1927	1928	1929
(in Millionen Reichsmark)							
Krankenversicherung	582,8	1070,1	1182,4	1489,6	1727,2	2013,8	2150,0
Unfallversicherung	226,8	144,9	228,8	321,9	337,5	377,5	400,5
Invalidentversicherung	290,0	362,5	548,9	659,6	875,2	1075,8	1092,0
Angestelltenversicherung	138,1	129,4	192,7	250,3	280,9	317,2	372,0
Knappschaftl. Pensionsversicherung	75,0	147,3	155,2	172,9	223,7	233,7	239,3
Arbeitslosenversicherung	—	222,4	165,0	523,8	690,7	823,7	1538,6
Summe A	1312,7	2076,6	2673,0	3417,9	4134,9	4841,7	5792,4

Zuschußleistungen des Reiches, der Länder und Gemeinden.

Versicherungszweig	1913	1924	1925	1926	1927	1928	1929
(in Millionen Reichsmark)							
Krankenversicherung	—	9,4	21,4	23,6	26,5	29,0	27,0
Invalidentversicherung	58,5	109,0	177,7	241,7	267,9	378,1	451,0
Knappschaftl. Versicherung	—	—	—	—	—	—	56,0
Arbeitslosenversicherung	—	180,9	202,7	863,3	463,4	496,6	1042,1
Summe B	58,5	299,3	401,8	1128,1	757,8	903,7	1576,1
Summe A u. B zusammen	1371,2	2375,9	3074,8	4546,0	4892,7	5745,4	7368,5

Die Kranken- und Unfallversicherung ist heute zweifellos für die Ärzte, Apotheken, das Nahrungsmittelgewerbe, die Industrie der Medikamente, das weite Gebiet der wissenschaftlich-medizinischen Hilfsmittel, von den ärztlichen Instrumenten, über die Orthopädie bis zu den Elektro- und Radiumapparaturen und der dentistischen Produktion nicht nur starker Anreger, sondern auch eine Existenzfrage. Der Einwand ist nicht stichhaltig, daß ohne Sozialgesetzgebung das gleiche für die gleichen Zwecke ausgegeben werden würde. Erst das Versicherungsprinzip ermöglicht jene Ausgaben im heutigen Umfang.

Wie wirkte sich früher die Arbeitslosigkeit volkswirtschaftlich aus? Krise war nicht nur die Sorge des Arbeiters und Angestellten, sondern auch Katastrophe des Mittelstandes. Der Arbeitslose fiel nicht nur mit seiner konjunkturbildenden Kaufkraft, sondern auch auf dem Gebiete der lebensnotwendigen Ausgaben nahezu völlig aus. Zumal dann, wenn etwaige Ersparnisse verbraucht, gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützungen ausgeschöpft waren und Teile des Arbeitseinkommens noch arbeitender Familienangehöriger (deren konjunkturbildende Kaufkraft!) nicht herangezogen werden konnten. Die öffentliche Wohlfahrt war mit dem Verlust des Wahlrechts verknüpft und wurde, wenn irgend möglich, vermieden. Der Arbeitslose lebte häufig vom Kredit, den ihm der Mittelstand gewähren mußte (Mietschuld beim Hauswirt, Einschreibebüchel beim Einzelhändler für Nahrungsmittel usw.).

Heute setzen sich die Rücklagen aus konjunkturbildender Kaufkraft bei Arbeitslosigkeit wohl so gut wie restlos in Bezahlung für lebensnotwendige Ausgaben um. Der Mittelstand ist gegen Krisenwirkungen mit versichert. Man darf die Summen nicht unterschätzen!

Im Zeitraum von sechs Jahren sind im Rahmen der Arbeitslosenversicherung rund 7,2 Milliarden Mark (abzüglich der Verwaltungskosten) an die Arbeitslosen geflossen.

Wohin sind diese 7,2 Milliarden Mark gewandert? Wir können das an Hand der amtlichen Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen von Arbeitern und Angestellten ziemlich deutlich erkennen:

etwa 12 v. H. gleich 864 Millionen Mark wurden als Miete verausgabt, flossen dem Hausbesitz zu;

etwa 70 v. H. gleich 5040 Millionen Mark wurden für Beköstigung verausgabt, flossen dem Einzelhandel des Ernährungsgewerbes zu;

etwa 18 v. H. gleich 1296 Millionen Mark wurden für Heizung und Beleuchtung, Bekleidung und sonstige Ausgaben (auch Fahrgeld) verausgabt.

So ergibt die Sozialversicherung, im besonderen aber der Teil von ihr, der der Arbeitslosigkeit gilt, eine kollektive Abwertung der Krisenwirkungen. Das ist nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial von höchster Bedeutung. Man wird dem aber nur gerecht, wenn man die Zweifeltigkeit auch dieser Tatsachen sieht und anerkennt.

(„Heimatdienst“.)

Mehr Beachtung dem B. A. G.

Das BAG. und seine verbürgten Rechte für die Arbeiter in Frage kommender Betriebe, sowie der verbürgte Schutz der Arbeitervertretung (B.A.) in den Betrieben, steht heute zum Teil nur noch auf dem Papier.

Nicht nur, daß Arbeitgeber und Betriebsleitungen sich nur noch wenig an diese gesetzl. Bestimmungen halten, sondern sogar die Arbeitsgerichte setzen sich oft genug über Paragraphen des Gesetzes und deren Bestimmungen zu oberflächlich hinweg. Unbekümmert ob Recht zu Unrecht wird, werden die Arbeitsverhältnisse, wie sie in den Betrieben oft bedauerlich vorhanden sind, sowie die Handlungen und das Vorgehen der Arbeitgeber und deren Beauftragten unberücksichtigt gelassen.

Man bekommt mitunter den Eindruck, als wenn die Herren Vorsitzenden als Berufsrichter, — allgemein doch als Paragraphenmenschen bekannt, — wenn es sich um die Rechte der Arbeiter aus dem BAG. handelt, gerade im Gegensatz die Paragraphen recht unausgenutzt lassen, oder durch juristisch knifflige Auslegung, den wirklich und notwendig zu berücksichtigenden Verhältnissen auszuweichen versuchen.

Es sei nur an die Paragraphen 84 und 87 des BAG. aufmerksam gemacht, die heute gar keine Berücksichtigung mehr finden, die aber gerade in den gegenwärtigen Verhältnissen, richtig angewandt, eine notwendige Berücksichtigung erforderten, ohne daß dem einzelnen Arbeitgeber Unrecht geschehen braucht.

Aber auch die Paragraphen 95—99 des BAG., Schutz des B.A. vor Entlassungen wegen Ausübung seiner gesetzlichen Rechte in den Betrieben wird viel zu wenig Berücksichtigung geschenkt. Z. B. Bei Teilstilllegungen eines Betriebes kommt es vor, ja sogar in der Regel vor, daß unliebsame Betriebsratsmitglieder in die stillzuliegende Abteilung versetzt werden um sie mit der Stilllegung los zu werden. Trotzdem fast gar keine Arbeiter zur Entlassung kommen, ja sogar vor der Stilllegung schon die vierfache Zahl der Arbeiter in andere Abteilungen, — sogar in die Abteilungen, aus denen die unliebsamen Betriebsratsmitglieder in die stillzuliegende Abteilung versetzt wurden, — untergebracht wurden.

Es ist schon so weit, daß es sich sogar Arbeitgeberverbände zur Pflicht machen, ihre Mitglieder aufzufordern auf solche Weise die gesetzl. Pflichten zu umgehen.

Ein solch drastischer Fall beschäftigt jetzt das Arbeitsgericht in Dillenburg. Der Arbeitgeber erklärte bei den Verhandlungen wegen der Entlassung der Betriebsratsmitglieder: Ich kann die Leute nicht wieder einstellen, weil ich von dem Arbeitgeberverband aufgefordert worden bin, es so zu machen, und wenn ich mich ins Unrecht gesetzt habe, werde ich mich am Arbeitgeberverbande schadlos halten. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Arbeitsgericht dazu stellen wird. Es ist übrigens recht interessant zu beobachten, was sich alles um die Vertretung am Arbeitsgericht bemüht. Neben den Syndikissen als Dr. a. D. und Rechtsanwältin, kommen noch Bürovorsteher, Rechtskonsulenten, Rechtsberater, Steuerberater und was sonst noch alles beraten kann, hinzu, so daß man verstehen kann, wenn das BAG. zu dem Beschluß kommen müßte, selbst Rechtsanwältin als Syndikisse, nicht nur am Arbeitsgericht zuzulassen, wenn sie eine eigene Praxis führen, sondern auch dann nicht, wenn ihr Name noch in der Liste der Rechtsanwältin eingetragen ist.

Es wird also zu prüfen sein, ob ein Syndikus, wenn er Rechtsanwältin ist, aus der amtlichen Liste für Rechtsanwältin gestrichen ist, wenn nicht, hat er am Arbeitsgericht nichts verloren.

Es muß überhaupt auf die von Arbeitgebern gestellten Vertretungen ein wachsame Auge gerichtet werden, denn es treten da manchmal allehand Leute auf, die sich Geld zu verdienen versuchen. Erst jetzt hatten wir es wieder mit einem Vertreter als Steuerberater zu tun, welcher seinen Bürovorsteher gesandt hatte, um damit nachzuweisen, daß er nicht geschäftsmäßig handle. Durch Antrag und Einspruch des Vertreters vom Kläger wurde er vom Gericht abgewiesen.

Aber auch den Wahlen für die Arbeitsrichter zum Arbeitsgericht müssen die Arbeiter mehr Beachtung schenken. In solche Ämter dürfen keine Stümper vorgeschlagen werden, sondern Menschen mit geistiger Fähigkeit und weitgehender Beurteilung.

Auch den Betriebsratswahlen muß eine ganz andere Interesse entgegengebracht werden. Keine Grokmäuler und keine Kriecher, sondern weitblickige, besonnene aber tatkraftige Kollegen müssen gewählt werden, wenn das Betriebsratsgesetz noch einigermaßen in den einzelnen Betrieben als Schutz der Arbeiter und ihrer Rechte dienen und zur Anwendung kommen soll.

Anklagende Opfer.

Als im Juli dieses Jahres die Schredensstunde eintraf, daß im Waldenburger Revier, in Neurode, 150 tapjere Bergleute ihr Leben haben lassen müssen, da horchte alle Welt auf, tiefes Mitleid mit den Hinterbliebenen erfüllte kurze Zeit die Gemüter, doch das Rad der Zeit geht schnell über solche Sachen hinweg.

Wiederum werden die Gemüter nach gerüttelt, am Sonnabend, dem 25. Oktober wurden 265 Bergleute bei Nachen beerdigt, die ebenso durch eine Katastrophe ihr Leben eingebüßt haben.

Die Erde hat sich noch nicht über diese Sargdeckel geschlossen, da ereilt uns schon wieder die Schreckensunde, daß im Saargebiet 100 tapfere Bergknappen durch eine Schlagweitereplosion um ihr Leben gekommen sind. Erschütterer stehen wir im Geiste an der Bahre dieser Arbeitsbrüder und spähen gleichzeitig nach dem Licht der Aufklärung über die Ursachen dieses jurchbaren Unglücks, es muß mit Nachdruck die Forderung erhoben werden, daß genau geprüft wird, ob alle Maßnahmen der Schutzvorschriften erfüllt sind. Die Technik der Betriebe im Bergbau ist heute ungeheuer verbessert, auch die Unfallverhütungsvorschriften sind ohne Zweifel gegen früher sehr stark verbessert, trotzdem steigt die Jahreszahl der im Bergbau getöteten Arbeiter allein in Deutschland weit in das zweite Tausend. Ein aller Bergknappe über die Ursachen der Katastrophe befragt, erklärte, es liegt am System, ein ausgeglichenes Akkordsystem läßt oft den Bergknappen die äußerste Vorsicht vergessen. Als Bestätigung dieser Annahme ist gewissermaßen eine Auslassung der „Deutschen Bergwerkszeitung“, eine der größten Schachmerkeorgane. In den Tagen, da alle Welt noch von dem schweren Unglück, welches bei Rachen passierte, erschüttert war, schrieb dieses Unternehmerorgan:

„Auf die Dividenden dürfte das Unglück jedoch keinen Einfluß haben, da diese bis zum Jahre 1942 in der Höhe von 14 Prozent gesichert sind.“

Diese selte Feststellung ist bezeichnend für die ganze Lage. Zwangsläufig sind die Bergarbeiter auf die Beschäftigung in den Gruben angewiesen, obgleich sie genau wissen, daß ihr Dasein ständig von Todesgefahren bedroht ist, sie sind zum größten Teil an ihre Scholle gebunden. Das Los dieser Bergknappen wird noch dadurch besonders erbittert, daß auch hier die Unternehmer dauernd versuchen, Lohnabbau vorzunehmen. Wer erinnert sich nicht in dieser schweren Stunde des gewaltigen Kampfes, den der Verband der deutschen Gewerkschaften, kurz nach der Gründung im Jahre 1869 gegen die Profitgier der Waldenburger Bergwerksbesitzer notgedrungen führen mußte. Dieser Kampf wird in der Geschichte der Arbeiterbewegung unvergessen bleiben, hierüber könnte Gerhard Hauptmann, ähnlich wie „Die Weber“, sein zweites Drama schreiben. Damals trieben Regierungsmaßnahmen und Polizeigewalt die hungernden Bergleute wieder in ihre Gruben hinein, heute sind solche Vorgänge gestützt auf ein freies Koalitionsrecht, gestützt auf die Macht der Organisation, nicht mehr möglich.

Trotzdem bilden die vielen Toten eine einzige Anklage, deren Schwere sich auch das rücksichtsloseste Unternehmertum nicht verschließen kann, die Anklage richtet sich in der Hauptsache gegen das System.

Die Klagen auf Halbmaß gehend, sollten das Gewissen der Unternehmer erwecken, die heute das gewagte Spiel treiben, den Lebensstandard für Arbeitnehmer durch Lohnabbau herabzusetzen. Die Trauerklänge bei der Beerdigung der Opfer ihres Berufs werden die Gemüter der breiten Massen des Volkes nach rütteln, sie werden zu der Erkenntnis kommen, daß auch sie als Mensch geboren und demnach das Recht haben, mit ihren Familien leben zu können. Der Kampf ums Dasein der Arbeitnehmer ist ein außerordentlich heftiger, er kann nur durch die Macht der Organisation gemildert werden, denken wir zu jeder Stunde an den Ausbau und die Stärkung der Organisation.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Am 3. November feiert unser Kollege Karl Sebel, das seltene Fest der „goldenen Hochzeit“. Der Kollege fand am 24. 2. 1883 den Weg zur Organisation, zum Gewerkschaftsring der Holzarbeiter Deutschlands, ist also bald 48 Jahre treues Mitglied, war lange im Vorstand tätig, ebenso unbescheidener Bezirksleiter in Schlesien, und hat vielfach schwere Kämpfe durchgemacht; aber sein gesunder Sinn und Humor hat ihn immer wieder aufgerichtet, wenn es mal schief ging und in den schwierigsten Situationen treu an unserer Gewerkschaftsangelegenheit und ist auch heute noch mit 73 Jahren, wenn es gilt, auf dem Posten. Die Kollegen des Ortsvereins Breslau H.-D. gratulieren unserm Karl und seiner Frau auf das herzlichste zu dem seltenen Fest und wünschen, daß er noch lange in unserer Mitte weilen möchte. Seine Treue zu unserer Sache sei den Jungen und Jungen zur Nachahmung empfohlen.

Düsseldorf. Die vom Hauptvorstand einberufene Bezirkskonferenz für Rheinland und Westfalen fand am 7. September in Düsseldorf. Nur 2 Ortsvereine waren alle Ortsvereine vertreten. Der Bezirksleiter Kollege Renner eröffnete gegen 10 Uhr morgens die Konferenz und begrüßte die ausreisenden Vertreter, besonders den Delegierten, besonders den Vertreter des Hauptvorstandes, Kollege Volkmann Berlin.

Die Beschlüsse wurden die Kollegen Hoetger als Vorsitzender, Lohndner als Stellvertreter und Jablinski als Schriftführer ernannt, welche die Wahl annahmen. Kollege Renner ernannte die Vertreter im Namen der Bezirkskommission und wählte der Konferenz einen guten Beschlus. Der Bezirksleiter Renner gab den Tätigkeits- und Jahresberichten vom Jahre 1939. Im Tätigkeitsbericht wurde hervorgehoben, welche ungeheure Arbeit in dem einen Jahre von dem Bezirksleiter geleistet wurde. Es gab ein Einverständnis und ein Ausgehen 1939 Schriftführer zu ernennen. Von den Ausgängen sind an Ein-

gaben am Arbeitsamt, Landesarbeitsamt, Versicherungsamt und andere Eingaben allein 242 zu verzeichnen. Im Jahresberichten kennzeichnet sich deutlich die schlechte Wirtschaftslage durch ungeheuren Zukuh aus der Hauptkasse an Arbeitslosen-Unterstützung.

Alsdann bekam Kollege Volkmann das Wort zu seinem Vortrag. Die Arbeiterbewegung im Strome der Zeit. Redner kam auf die verkehrte Sparfamkeitspolitik, wo besonders in Staats- und Kommunalbauten ein ungeheures Geld verpulvert wird, hingegen für Wohnungsbauten kein Geld vorhanden ist, trotzdem das Wohnungselend so groß ist und tausende von Bauarbeitern auf Straßenspfaster liegen. Dann führte Redner den Vertretern die Gefahr vor Augen, welche unsere Sozialversicherungen betreffen, wo mit allen Mitteln versucht wird, auch dort einen Abbau zum Schaden der Versicherten durchzuführen können, den besten Beweis hat man schon in der Kranken- und Erwerbslosenversicherung, wogegen man aber an den hohen Pensionen u. Gehältern nicht rühren mag. Würde man da richtig durchgreifen, dann könnten der Staat und auch die Länder hohe Summen sparen. Aber von den Ärmsten der Armen verlangt man, daß von den paar Hungerpfennigen noch ein Teil geopfert werden muß. Auf der einen Seite Versicherung im Ueberfluß, auf der anderen Seite Elend und Not. Aber trotzdem darf der Arbeiter den Mut nicht verlieren, sondern weiter mit-helfen am Auf- und Ausbau unserer Organisation und mit Unerschrockenheit und Entschlossenheit die Arbeiter-schaft zum Siege zu führen.

Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine trefflichen Ausführungen. Nach der Mittagspause wurde in die Diskussion eingetreten. In dieser beteiligten sich fast alle Vertreter und stellten noch verschiedene Fragen. In seinem Schlußwort erwiderte Kollege Volkmann auf die gestellten Fragen und forderte die Vertreter auf, alles zu tun, um eine Aufwärtsentwicklung herbeizuführen. Alsdann erhielt Kollege Renner das Wort zu seinem Vortrag: „Ausbreitungsmöglichkeiten in Rheinland und Westfalen für unsern Verband.“ Redner verstand es, die Vertreter durch seine Ausführungen zu fesseln und gab manche guten Ratschläge, inwiefern die Agitation gefördert werden könne. Auch forderte er besonders die Vorstände der Ortsvereine auf, mit mehr Tatkraft und Energie die Mitglieder-Versammlungen auszubauen, auch die Vertrauensmännerversammlungen dürfen nicht vernachlässigt werden, denn gerade in diesen werden die Kollegen aufgekürt und zu Mitarbeitern erzogen. Auch forderte Redner vom Hauptvorstand, für Agitationszwecke mehr zu tun, wie bisher. Auch dieser Vortrag fand allgemeinen Beifall und mit Dankworten von seiten des Vorsitzenden wurde in die Aussprache eingetreten. Die Aussprache zeigte, mit welchem Interesse die Kollegen den Worten des Kollegen Renner gefolgt waren. In seinem Schlußwort gab Kollege Renner noch manche Winke zur weiteren Entwicklung unserer Organisation. In Punkt Verschiedenes wurden Anträge von Duisburg und Elberfeld gestellt. Die Anträge wurden bekannt gegeben und die Ortsvereine gebeten, die Anträge der Generalversammlung zu unterbreiten, denn eine Bezirkskonferenz könne über die Anträge nicht beschließen. Die Anträge Elberfeld sind bereits von der Bezirksleitung erledigt worden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloß der Vorsitzende nach kräftigen Schlußworten von Volkmann und Renner und mit Dank an die Vertreter die Konferenz gegen 6 Uhr abends.

Die Bezirkskommission. J. A.: W. Hoetger.

Ortsverein Stolp des Jugendbundes der deutschen Gewerkschaften H.-D. Dienst am Gewerkschaftsring, Förderung der zahlreicheren Stärke der Jugendgruppe, unter diesem Gesichtspunkte leiteten die Jugendbündler Stolp's den am 4. Oktober 1930 stattfindenden Eltern- und Werbeabend ein.

Einen besonderen Anreiz erhielt dieser Elternabend dadurch, daß von der Hauptleitung Berlin, als Redner für diesen Abend der Kollege Graichen-Elbing verpflichtet war. Sag doch der Jugend daran, einen jugendlichen Führer zu hören. Man muß dem Empfinden der Jugend Rechnung tragen, wenn der Wunsch und Wille lebendig wird. Nicht immer wird es so sein können, das jugendliche Empfinden in dieser Weise zu befriedigen. Doch für dieses Mal war's für die Mädels und Jungen ein Erlebnis, und ein Gedanke war's, der zum Ausdruck kam, möge dieser Abend dazu beitragen, Fäden zu spinnen, hinüber und herüber durch die Person unseres Kollegen Graichen von einer Stadt des Ostens zur anderen, in der Hoffnung endlich durch Stärkung der Jugendgruppen auch im Osten unseres Vaterlandes etwas derartiges zu schaffen, wie zuletzt der Westen und andere Gegenden es fertig brachten, nämlich ein Jugendtreffen des Ostens.

In ausgezeichnete Weise verstand es der Kollege Graichen, sich die Herzen der Jugend zu erobern, und durch seine Worte Begeisterung für die Gewerkschaftsangelegenheit zu wecken.

Verständnisvolle Zustimmung auch der Alten zeigte, wie man durch Anteilnahme an der Jugendarbeit mitbringende Gewerkschaftsarbeit leisten kann.

Die Abwicklung des Programms ging musterhaft vor sich. Nach all den aufregenden Proben endlich vor den Eltern und Freunden sein Können zu zeigen, zwang alle Mitwirkenden zu ganzer Hingabe an das Dargebotene.

Besonders hervorzuheben ist das lebende Bild „Der Schmied am Amboss“ und das Theaterstück „Eine Festrede“. Haben doch die Jugendbündler Stolp's in Gewerkschaftskreisen und darüber hinaus sich schon eine Beliebtheit mit Theaterstücken erworben. Ein musterhaftig gesprochener Sprechchor zeugte von der Disziplin aller. Volkstänze, Gesang und Gebichte vervollständigten das Programm.

Reicher Beifall zeugte von der Zustimmung der zahlreich erschienenen Gäste.

Einige frohe Stunden bei Tanz beendeten diesen wohl-gelungenen Eltern- und Werbeabend.

Wie immer bei den Veranstaltungen des Jugendbundes, war auch diesmal eine Stolper Presse wieder vertreten, so daß auch der Abend nach außen die beste Würdigung fand.

Froh' Heil!

W. Sonn.

Stralsund. Am Sonnabend, dem 18. Oktober feierte der Gewerkschaftsring, Ortsgruppe Stralsund, das Fest seines 10 jährigen Bestehens. Der Ortsgruppe gehören an: Die deutschen Gewerkschaften, der Allgemeine Eisenbahner-Verband, der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der deutsche Bankbeamtenverein. Neben ausgezeichneten Konzertvorträgen sprach Fr. Bucznanski einen vorzüglichen Prolog. Regierungs- und Schulrat Bonik war als Vertreter der Regierung, Syndikus Kröning als Vertreter der Stadt Stralsund amwesend. Kollege Schumacher vom Gewerkschaftsring der Holzarbeiter ging in der Festansprache auf die Geschichte des Ringes ein, in welchem alle auf parteipolitisch unabhängiger, religiös-neutraler und freiheitlich-nationaler Grundlage stehenden Organisationen zusammengeschlossen sind. Der Gewerkschaftsring sei zwar zahlenmäßig nicht die größte Spitzenorganisation, jedoch stände die Qualität ihrer Mitglieder höher als in manchen anderen Verbänden. Redner streifte die jetzige Lohnabbau-Politik, unter der die Arbeiterschaft zu leiden habe. Nicht nur die anwesenden Mitglieder, sondern auch die Frauen müssen in der Werbearbeit für unsere Ringorganisation mehr tätig sein.

Die G.D. und H.D.-Jugend trugen zur Verschönerung des Festes wesentlich bei. Sehr eindrucksvoll waren u. a. der Sprechchor und die aufgeführten Volkstänze. Bei letzteren war besonders wirkungsvoll die Begleitmusik einer jugendlichen Dame auf der Ziehharmonika. Nach plattdeutschen Vorträgen folgte der Tanz.

Die Arbeitstagung begann Sonntag vormittag im Turnerheim. Schumacher-Berlin referierte über den Zweck des Gewerkschaftsringes. Er kennzeichnete die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und die Unterschiede der bestehenden 3 Spitzenorganisationen. Die Herab-minderung der Arbeitslosenziffer sei nur möglich durch Verkürzung der Arbeitszeit. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen die ungerechte Lastenverteilung zu Ungunsten der Arbeitnehmer wenden. Der Lohnabbau vermindere die Kaufkraft, wodurch die Wirtschaft immer mehr herunter sinkt. Die 10 jährige Arbeit des Ringes habe die unbedingte Notwendigkeit seiner Existenz als Spitzenorganisation bewiesen. Ueber Wirtschafts- und Sozialpolitik referierte Kollege Diekmann-Steltin, Vorsitzender des Provinzialverbandes des Gewerkschaftsringes. Er kritisierte die Preispolitik der Kartelle und die ungeheure Spame zwischen Erzeuger- und Konsumentenpreis. Zur bauernden Beobachtung der Kartelle müsse ein Kontrollamt eingesetzt werden, dem Arbeitnehmer werde die Steuer vom Lohn bzw. vom Gehalt abgezogen, während andere Kreise noch gegen die Veranlagung vorgehen können; der steuerfreie Betrag des Arbeitnehmers müsse heraufgehoben werden. Die jetzige Krankenscheingebühr gefährde die Volksgesundheit; vorhandene Mißstände könnten auf andere Weise beseitigt werden. Die Entziehung des Krankengeldes bei Gehaltsempfängern sei ungerecht und unhaltbar. In der Invalidenversicherung sei die Rente zu gering und viel besser sei es auch nicht mit der Angestelltenrente. Klagen über die Sozialbelastung der Wirtschaft würden erheblich übertrieben. Redner streift auch noch die Schädigung der Arbeitnehmer durch die Doppelverdiener; er fordert eine gesetzliche Regelung. Am beide Referate schloß sich eine lebhafteste Aussprache.

2. Reichskongreß des Gewerkschaftsringes.

In den Tagen vom 14.-17. November 1930 findet in Berlin ein Reichskongreß des Gewerkschaftsringes statt. Zeitlich fällt dieser Kongreß zusammen mit der Feier des zehnjährigen Bestehens unserer freiheitlich-nationalen Spitzenorganisation.

Buch verloren!

Das Mitgliedsbuch 28 846 Otto Knop, Stolp i. Po. ist verloren gegangen. Unterstützung darf auf dieses Buch nicht gezahlt werden.

Der Hauptvorstand.

Sprech-maschinen, Laufwerke, Tonführung u. alle Einzelteile Preisliste mit Höchststrabatt gratis. C. M. Poske, Hamburg 13, Schröbterhüttenstraße.

W e r b e
jeder für den
Gewerkverein!